

Beweisantrag

Zu beweisende Tatsache:

Bundes- und Landesregierungen sehen in der aktuellen und seit Jahren geltenden Rechtslage zur Agro-Gentechnik selbst einen rechtlichen Notstand. Die wesentlichen Fragen der Gefahrenabwehr und des Schutzes von Grundrechten sind nicht geklärt.

Begründung:

Mehrere EU-Mitgliedsstaaten wollten zwar die Agro-Gentechnik unterbinden, durften aber bis einschließlich 2008 nicht:

Auszug aus einem Text der Nachrichtenagentur Reuters (vom 11.7.2008)

"Einige Länder wollen sich GVO-frei erklären können", sagte die französische Umwelt-Staatssekretärin Nathalie Kosciusko-Morizet am Freitag nach dem Treffen der EU-Umweltminister in Paris. Dies wünschten sich vor allem Inselstaaten. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas erklärte Diplomaten zufolge jedoch, dies sei nicht möglich ohne eine Änderung des EU-Vertrages. Denn eine solche Ausstiegsklausel verletze das Prinzip des Binnenmarktes.

Erst 2009 wurde durch Ministerbeschluss ermöglicht, dass einzelne Länder zugelassene gv-Pflanzen wieder verbieten können. Dieses ist dann auch in Deutschland durch das Verbot des MON810 erfolgt.

Bundesumweltminister Siegmund Gabriel hielt die vorherige Lage ebenfalls für untragbar:

Auszug aus einem Text der Nachrichtenagentur Reuters (vom 11.7.2008)

Auch Gabriel kritisierte das Hin und Her, das der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln sei. "Was wir heute betreiben, ist organisierte Unverantwortlichkeit", sagte er. Jeder könne sich hinter jedem verstecken und am Ende zeigten alle mit dem Finger auf die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit.

Die CSU wollte für Bayern eigenständige Gesetzgebungskompetenz, um Gentechnik zu verbieten

Auszug aus: Tagesspiegel, 3.8.2008

In der so genannten grünen Gentechnologie seien viele Risiken nicht erforscht und viele Versprechen nicht eingehalten worden, sagte der frühere CSU-Generalsekretär zur Begründung. Durch die Auskreuzung gentechnisch veränderter Pflanzen könnten "Prozesse in Gang kommen, die sich nicht mehr stoppen lassen". Das beunruhige die Menschen. In Bayern lehnten 80 Prozent den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ab. "Sicherheit geht vor Kommerz. Und wir dürfen bei diesem wichtigen Thema einfach nicht abhängig sein von EU-Entscheidungen", sagte Söder.

Auch die Landesregierung Brandenburg sieht das geltende Recht als nicht ausreichend an:

Auszug aus: taz, 9.8.2008

Die Biolandwirtschaft in Brandenburg boomt. Gleichzeitig ist Brandenburg das Land mit dem meisten Anbau von Genmais. Das gefällt nicht einmal der Landesregierung. Umweltminister Dietmar Woidke (SPD) will den Anbau von Genmais deshalb von Naturschutzgebieten fernhalten. 800 Meter Mindestabstand fordert er. Damit schreit Brandenburg im Bundesvergleich endlich wieder voran. Den Imkern nutzt das wenig. Sie fürchten um ihre Existenz. Einmal, weil Honig, in dem sich Genmais-Pollen befinden,

unverkäuflich ist. Zum ändern, weil sich die Imker in diesem Fall sogar strafbar machen können. Ein Ende des Konflikts ist nicht in Sicht.

Bedeutung für den Prozess:

Wenn schon führende PolitikerInnen aus verschiedenen, darunter regelmäßig auch regierenden Parteien einen rechtlichen Notstand attestieren, muss dieser auch als Handlungsgrundlage für Feldbefreiungen gelten oder zumindest überprüft werden.

Beweismittel:

- Vernehmung des Bundesumweltministers Siegmund Gabriel
- Vernehmung des Brandenburgischen Umweltministers Dietmar Woidke
- Vernehmung des CSU-Generalsekretärs Markus Söder

Gießen, den